



HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn

TEL +49 (0)228 99 529 - 3747

FAX +49 (0)228 99 529 - 4262

E-MAIL 711@bmel.bund.de

INTERNET www.bmel.de

AZ 711-65105/0035

DATUM 15.05.2020

Antrag auf Informationszugang nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG)

Bezug: Ihre E-Mails vom 15. Januar und 3. März 2020 über ‚Frag den Staat‘

Anlage: Kopie der Korrespondenzen des BMEL mit Bundes-, Landes- und Regionalbauernverbänden seit dem Jahr 2016

Sehr geehrte [REDACTED]

mit Ihrer E-Mail vom 15. Januar 2020, konkretisiert durch E-Mail vom 3. März 2020 haben Sie Zugang zu den beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vorliegenden Korrespondenzen mit Bundes-, Landes- und Regionalbauernverbänden seit dem Jahr 2016 beantragt.

Über Ihren Antrag entscheide ich nach §§ 3 Absatz 1, 12 UIG wie folgt:

- I. Dem Antrag wird teilweise stattgegeben.
- II. Es werden Gebühren und Auslagen in Höhe von insgesamt 508,70 Euro erhoben.

Begründung:

Zu I.:

Zu den dem BMEL vorliegenden Korrespondenzen mit Bundes-, Landes- und Regionalbauernverbänden seit dem Jahr 2016 wurde ein Drittbeteiligungsverfahren durchgeführt, mit dem die Akteure um Einwilligung zur Weitergabe des Schriftverkehrs im Rahmen dieses UIG-Antrags gebeten wurden. Aufgrund noch ausstehender Rückmeldungen aus diesem Verfahren wurden einige Schreiben hinsichtlich der enthaltenen personenbezogenen Daten geschwärzt. Insofern kann dem Antrag nur teilweise stattgegeben werden.

Zu II.:

Die Gebühren und Auslagen für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach dem UIG bestimmen sich nach dem Gebühren- und Auslagenverzeichnis zu § 1 der Umweltinformationsgebührenverordnung (UIGGebV)¹ in Verbindung mit § 12 UIG.

Nach § 12 Absatz 2 UIG sind die Gebühren auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands so zu bemessen, dass der Informationsanspruch nach § 3 Absatz 1 UIG wirksam in Anspruch genommen werden kann. Die UIGGebV hat daher Höchstsätze für den berücksichtigungsfähigen Verwaltungsaufwand festgelegt und sieht in § 2 ausnahmsweise die Möglichkeit einer Gebührenermäßigung oder -befreiung vor.

Die Höhe der von Ihnen zu erstattenden Gebühren und Auslagen errechnet sich aus dem für die Bearbeitung Ihres Antrages notwendigen Aufwand (Personal-, Sach-, bzw. Zeitaufwand).

Grundlage der zu erhebenden Gebühr ist der folgende Gebührentatbestand:

Gebührenverzeichnis	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag in Euro
A 2.2	Herausgabe von Duplikaten im Einzelfall bei außergewöhnlich aufwändigen Maßnahmen zur Zusammenstellung von Unterlagen, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange in zahlreichen Fällen Daten ausgesondert werden müssen	bis 500

Zur Bearbeitung des Antrags (Heraussuchen der Unterlagen, Schwärzung personenbezogener Daten, Durchführung eines Drittbeteiligungsverfahrens und Erstellung des Bescheides) wurden 15 Stunden im gehobenen Dienst aufgewendet. Gemäß der Begründung der UIGGebV wird pro Arbeitsstunde im gehobenen Dienst ein Aufwand von 45 Euro angesetzt. Hieraus ergibt sich eine Summe von 675 Euro. Da dieser Wert den gemäß UIGGebV festgelegten Höchstsatz überschreitet, wird der zu erstattende Betrag auf 500 Euro festgesetzt.

Die Gebührenbemessung steht der wirksamen Inanspruchnahme des Informationszugangs nach § 12 Absatz 2 UIG nicht entgegen. Tatbestände, die eine Gebührenermäßigung oder eine

¹ Umweltinformationsgebührenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2247), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 40 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist

Befreiung von einer Gebührenerhebung im Sinne des § 2 UIGGebV begründen, sind weder vorgetragen noch ersichtlich.

Hinzu kommen Auslagen nach § 1 UIGGebV in Verbindung mit § 12 UIG. Nach § 12 Absatz 3 UIG werden Auslagen zusätzlich zu den Gebühren erhoben. Grundlage der zu erhebenden Auslagen ist der folgende Auslagentatbestand:

B 1.1	je DIN A4-Kopie von Pa- piervorlage	0,10
-------	--	------

Für die 87 Kopien fällt ein Betrag von 8,70 Euro an.

Die von Ihnen zu erstattenden Gebühren betragen somit insgesamt 508,70 Euro.

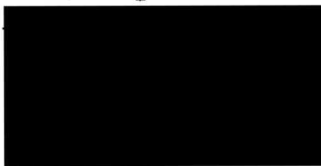
Bitte überweisen Sie die Gebühren und Auslagen unter Angabe des Kassenzzeichens innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntgabe dieses Bescheides (§ 14 Bundesgebührengesetz²) auf folgendes Konto:

Empfänger: Bundeskasse Halle
 Bank: Deutsche Bundesbank Filiale Leipzig (BBk Leipzig)
 IBAN: DE38 8600 0000 0086 0010 40
 Kassenzzeichen: **1115 1004 7946**

Bitte geben Sie als Verwendungszweck unbedingt das oben angegebene Kassenzzeichen an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Hinweis zum Datenschutz:

Bei der Bearbeitung wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet. Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie in der beigefügten Datenschutzerklärung.

² Bundesgebührengesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 417) geändert worden ist.